



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 43 Postulat Muff Sara und Mit. über weg von «single-use plastic» hin zu CO₂-neutralen Alternativen und Kreislaufwirtschaft / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Daniel Keller beantragt Ablehnung.
Sara Muff hält an ihrem Postulat fest.

Daniel Keller: Die SVP-Fraktion ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, weitere Reglementierungen vorzunehmen. Wir lehnen weitere Vorschriften und einen Ausbau der Bürokratie ab. Wir sind der Überzeugung, dass das Postulat der Gesellschaft keinen deutlichen Mehrwert bringt. Vieles in Richtung Verminderung von Plastikabfall ist bereits im Tun. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Regierung beantragt Erheblicherklärung. Wir erachten das Anliegen als sinnvoll. Einzelne Massnahmen wurden in meinem Departement bereits umgesetzt, so brauchen wir beispielsweise keine Plastikbecher mehr. Das Wichtigste ist aber, dass wir alle unsere Eigenverantwortung wahrnehmen. Am besten ist es, Abfall zu verhindern oder keinen zu produzieren. Zudem gibt es immer wieder Aktionen des Kantons selber, beispielsweise die Foodwaste-Initiative.

Sara Muff: Seit 1950 wurden unglaubliche 8,3 Milliarden Tonnen Plastik erzeugt. Das entspricht einem Gewicht von 822 000 Eiffeltürmen aus blankem Stahl. Nur 30 Prozent des bisher erzeugten Plastiks sind heute noch in Verwendung, der Rest ist bereits Teil eines massiven Umweltproblems. Das Plastikproblem nimmt immer grössere Dimensionen an. Etwa die Hälfte des seit den 1950er-Jahren erzeugten Plastiks ist höchstens 13 Jahre alt. Sollte dieser Trend fortgesetzt werden, so könnten sich 2050 bereits 12 Milliarden Tonnen Plastik auf Deponien und in der Umwelt befinden. Das entspricht dem Gewicht von 66 Millionen Blauwalen. Zur Herstellung von Plastik werden Erdölderivate mit hohem Energieverbrauch verwendet, und es entsteht giftiges Dioxin. In der Schweiz werden gemäss Bundesamt für Umwelt 125 Kilogramm Plastik pro Kopf und Jahr verbraucht. Damit ist der durchschnittliche Verbrauch von „single-use plastic“ in der Schweiz dreimal so hoch wie im europäischen Durchschnitt. Eine neue Studie der Universität Bern kommt zum alarmierenden Schluss, dass rund 53 Tonnen Mikroplastik in den Schweizer Böden liegen. Selbst in den entlegensten Naturschutzgebieten wurden Plastikteilchen gefunden. Einen grossen Teil des Problems macht „single-use plastic“ aus, denn 42 Prozent des bisher erzeugten Plastiks wurden nur ein einziges Mal verwendet, bevor es im Müll landete. Viele Becher, Flaschen und Plastiksäcke sind gerade einmal fünf Minuten im Einsatz, bevor sie für Hunderte von Jahren unseren Planeten verunstalten. Der erste Schritt in die richtige Richtung lautet: „Weg von Einwegplastik hin zu CO₂-neutralen Alternativen und Kreislaufwirtschaft“. Gemäss der Stellungnahme der Regierung existieren im Moment keine

allgemeinverbindlichen konkreten Vorschriften für kantonale Betriebe oder Einheiten in Bezug auf die Verwendung beziehungsweise Vermeidung von Plastikeinwegprodukten. Gemäss der Regierung ist das Bewusstsein gross, und im Regierungsgebäude wird Hahnenwasser anstelle von Flaschenwasser angeboten. Dieser Gedanke ist schön und gut, aber wenn das Hahnenwasser in Plastikeinwegbechern zur Verfügung gestellt wird, besteht noch ein kleiner Optimierungsbedarf. Die Forderungen des Postulats sollen auch in die Vorgaben für einen nachhaltigen Betrieb des neuen zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz einfließen. Ich bitte Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Priska Wismer-Felder: Die CVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu. Die Bevölkerung ist sich dieses Themas bewusst. Die Regierung stellt dar, dass sie ebenfalls in diese Richtung gehen will. Wir unterstützen es, dass an Anlässen keine Einweggebilde mehr erlaubt sein sollen. Das ist aber Sache der Gemeinden, das möchten wir festhalten.

Jim Wolanin: In der Medizin heisst es oft, vorbeugen ist besser, als heilen. Das gilt auch für die Umwelt. Die Verwaltung überprüft bereits entsprechende Massnahmen. Unterstützen wir also die Verwaltung und stimmen dem Postulat zu.

Christina Reusser: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt dem Postulat ebenfalls zu.

Der Rat erklärt das Postulat mit 86 zu 17 Stimmen erheblich.